

<b>Entscheidendes Gremium:</b> <b>Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD</b> <b>Sozialtarif für Deutschlandticket</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
30.08.2023	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Empfehlung
13.09.2023	Bürgerschaft	Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin beauftragt:

1. Sich bei der Landesregierung für eine landesweite Einführung eines Sozialtarifs zum Deutschlandticket einzusetzen und weitere Fördermöglichkeiten für einen Sozialtarif zu prüfen.
2. Die Kosten für einen städtisch finanzierten Sozialtarif zu kalkulieren, dabei sollen die Kosten bei einem möglichen Ticketpreis von 19 € bzw. 29 € für ein Deutschlandticket im Sozialtarif berechnet werden. Anspruchsberechtigt sollen Personen mit WarnowPass sein. Das Prüfergebnis soll der Bürgerschaft bis Dezember 2023 vorgelegt werden.

### **Sachverhalt:**

Die Stadt Rostock hat vor wenigen Jahren einen Sozialtarif für Zeitfahrkarten eingeführt. Dieser wird inzwischen befristet ergänzt durch das Mirror-WarnowTicket für das Gesamtnetz des VVW, das 30,42 € pro Monat kostet.

Das Deutschlandticket für 49 € ermöglicht die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in ganz Deutschland. Doch viele Menschen, die eine WarnowPass-Berechtigung haben, können sich dies nicht leisten. So übersteigen die 49 € zum Beispiel den im Bürgergeld-Satz veranschlagten Anteil für Mobilität. Damit geht die hohe staatliche Förderung des Deutschlandtickets ausgerechnet an den wirtschaftlich Schwächsten vorbei. Einzelne Städte wie Nürnberg (Preis 19 €) oder Hannover (Preis 30,40 €) oder Bundesländer wie Hamburg (Preis 19 €) oder Hessen (Preis 31 €) haben daher bereits entsprechende Sozialtarife für das Deutschlandticket auf den Weg gebracht. Ein Zuschuss, der das Deutschlandticket auch für diese Personengruppe bezahlbar macht, würde die Mobilität und soziale Teilhabe deutlich erhöhen. Ziel ist, dass das Deutschlandticket im Sozialtarif so unbürokratisch wie möglich erworben werden kann.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Prüfauftrag.

Andrea Krönert und Uwe Flachsmeyer  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Christian Albrecht  
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

Thoralf Sens  
Fraktion der SPD

**Anlagen**  
Keine